

Bernspruchstelle Nr. 22.

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tag und Nacht nachm. 4 Uhr. Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., monatlich 1 Mk., einmonatlich 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle kais. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an.

Sonnabend: „Wochens. Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnein.

Druck und Verlag: Bogler & Junger Nachf. — Verantwortlicher Redakteur: Paul Runge, Schandau.

Inseraten-Kannakemstellen: In Schandau: Expedition Bautenstraße 184, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Hasenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Woffe, in Frankfurt a. M.: G. A. Daube & Co.

Del.-Abz.: Elbzeitung.

Inserate, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpusspaltel oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte nach Vereinbarung.)

„Eingefandt“ unterm Strich 80 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Donnerstag: „Landwirtschaftliche Beilage“ „Reifenblätter“.

Nr. 130.

Schandau, Donnerstag, den 5. November 1908.

52. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Im hiesigen Güterrechtsregister ist verlaublich worden, daß die Eheleute **Bernhard Ledig**, königlich sächsischer Oberförster in **Hohnein**, und **Auguste Gertrud geb. Ludwig** daselbst durch Vertrag vom 24. September 1908 Gütertrennung vereinbart haben.

Schandau, am 2. November 1908.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden bei dem unterzeichneten Hauptzollamt **Freitag, den 6. und Sonnabend den 7. d. M.** nur dringliche Angelegenheiten erledigt.

Schandau, am 2. November 1908.

Königliches Hauptzollamt.

Bekanntmachung.

die Einkommen- und Ergänzungssteuererklärung betr.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens und bez. Vermögens ausgesendet.

Denjenigen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugesendet werden wird, steht es frei, Deklarationen über ihr Einkommen bez. ihr ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen bis

zum 20. November dieses Jahres

bei dem unterzeichneten Stadtrate einzureichen.

Zu diesem Zwecke werden bei letzterem Deklarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Gleichzeitig werden alle Vertreter von Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, ingleichen alle Vertreter von juristischen Personen (Stiftungen, Anstalten, eingetragenen Vereinen, eingetragenen Genossenschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Berggewerkschaften usw.), sowie die Vertreter von sonstigen mit dem Rechte des Vermögens-

erwerbs ausgestatteten Personenvereinen und Vermögensmassen aufgefordert, für die Vertretenen, soweit dieselben ein steuerpflichtiges Vermögen haben bez. in Ansehung der Ergänzungssteuer der Steuerpflicht überhaupt unterliegen, Deklarationen bei dem unterzeichneten Stadtrate auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Schandau, am 3. November 1908.

Der Stadtrat.

Dr. Voigt,

Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Hierdurch weisen wir erneut darauf hin, daß jeder **Erkrankungs-** oder **Todesfall** an Krupp, Diphtherie, Genickstarre, Scharlach und Typhus von dem behandelnden Arzte unverzüglich und spätestens **innen 24 Stunden** nach erlangter Kenntnis dem Bezirksarzte mündlich oder schriftlich anzuzeigen ist.

Falls ein Arzt zur Behandlung des Kranken nicht zugezogen worden ist, so ist die Anzeige von

1. dem Haushaltungsvorstande,
2. jeder sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigten Person,
3. demjenigen, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
4. der Leichenfrau

an die Polizeibehörde des Aufenthaltsortes des Erkrankten oder des Sterbeortes zu erstatten; doch tritt die Verpflichtung der unter 2 bis 4 genannten Personen nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Zu widerhandlungen gegen die Anzeigepflicht werden an den Anzeigepflichtigen mit **Geldstrafe bis zu 150 Mark** oder mit **Gast** geahndet.

Schandau, am 4. November 1908.

Der Stadtrat.

Dr. Voigt,

Bürgermeister.

Nichtamtlicher Teil.

Aus dem deutschen und ausländischen Blätterwald.

Ueber die Entschuldigung des Reichskanzlers herrscht in der deutschen Presse nur eine Stimmung, die des Hornes und der Empörung.

Die konservativ-agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sieht nicht an, offen zu erklären, daß wir seit der Gründung des deutschen Reiches kaum ein peinlicheres Vorkommnis erlebt haben und es wirft sich die Frage auf, ob es in Zukunft den verantwortlichen Stellen möglich sein werde, ein ähnliches Vorkommnis zu verhüten.

Die konservative „Kreuzzeitung“ weist auf die Unordnung im auswärtigen Dienst hin und beklagt es tief, daß der Kaiser sich im Burenkrieg auf die Seite der Engländer gestellt habe, während die Sympathien des deutschen Volkes überwiegend auf der Seite der Buren gestanden hätten, das seinen letzten Feldzug kämpfte. Auch findet die Kreuzzeitung die Art, in der wir um die englische Freundschaft werben, des deutschen Volkes nicht würdig.

Der „Reichsbote“ schreibt am Schlusse eines längeren Leitartikels. Deshalb müssen wir in aller Ehrerbietung und Treue unseren vielgeliebten und hochbegabten Kaiser bitten, daß er seine persönliche impulsive Gefühl- und Augenblickspolitik aufgibt und sich zu ruhiger Erwägung aller politischen Maßnahmen mit seinen Räten zusammenschließt, um nichts ohne sie, sondern alles mit ihnen zu unternehmen, wie es sein Großvater Kaiser Wilhelm der Große in so erfolgreicher Weise getan hat. Nicht der persönliche Freund Englands oder irgend einer Macht soll der deutsche Kaiser sein, sondern der Freund der deutschen Nation; nichts wünscht die deutsche Nation mehr als das, und wenn Kaiser und Nation in treuer vertrauensvoller Freundschaft verbunden sind, dann sind wir groß und stark, und niemand wird es wagen, seine Hand gegen Deutschland zu erheben.

Die freikonservative „Tägliche Rundschau“ ist sprachlos gegenüber dem neuesten Dokument unserer Regierungskunst, für das sich selbst zu Berserkern kein Gegenstück finden lasse.

Der nationalliberale „Hannoversche Courier“ hält Bülow's Stellung für unhaltbar, fordert, daß mit ihm die unfähigen Beamten des Auswärtigen Amtes gehen und verlangt Bürgschaften, daß solche Kräfte sich nicht wiederholen.

Die freisinnige „Voss. Zeitung“ erwartet, der Reichstag werde Auskunft über einen Vorgang verlangen, für den es in der politischen Geschichte schwerlich ein Beispiel gibt und der dieckheits und jenseits der deutschen Grenze bedenkliches Kopfschütteln erregen muß.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat von dem Schönredner Bülow nicht erwartet, daß er in Anstand demissionieren werde; er ist nur gespannt darauf, ob sich der Reichstag wirklich noch einmal zum Helfershelfer dieses Ministers degradieren lassen werde.

Die literale „Germania“ trägt keine Sehnsucht nach Bülow's Sturz, wünscht aber einen Reichskanzler, der fähig ist, der deutschen Politik nach innen wie nach außen mehr Steifigkeit zu verschaffen und ihr das Vertrauen der anderen Mächte zu gewinnen.

Der „Dresdner Anzeiger“ schreibt: Die jeden Deutschen tief niederdrückenden Erfahrungen der letzten Tage wären vergeblich, reißten sie nicht im Volke den Entschluß mit dem Schwergewicht, das in dem Willen einer im Weltbewerben der Völker unermüdblich vorwärtstrebenden Nation liegt, nunmehr sichere Schutzmaßnahmen zu fordern, die nicht nur eine Wiederholung so

verhängnisvoller Irrtümer unmöglich machen, sondern auch für die Umgestaltung des Systems volle Gewähr bieten.

Die „Post“ meint: Die Angriffe auf die verantwortliche Leitung der auswärtigen Politik werden jetzt erst recht weiter fortgesetzt werden. Obwohl der Kaiser dem Abschiedsgeläch des Kanzlers keine Folge gegeben hat, muß man doch mit einer Stanzlerkrise rechnen. Es muß unbedingt verlangt werden, daß Einrichtungen getroffen werden, durch welche die vollste Sicherheit gegen Wiederholung solcher beklagenswerter Vorgänge geschaffen wird. Nicht am letzten im Interesse der Person des Monarchen und unserer monarchischen Institutionen.

Die „Dresdner Nachrichten“ beklagen diese Vorkommnisse und schreiben u. a.: In der modernen Geschichte findet sich kein Beispiel, daß der Herrscher eines großen nationalen Gemeinwesens sich in ähnlich weitgehenden Vertraulichkeiten mit ausländischen Persönlichkeiten eingelassen und dadurch die schwerwiegendsten Mißverständnisse für die eigenen Landesinteressen hervorgerufen hätte. Kaiser Wilhelm II. wird unbedingt sein allzu feuriges, nach rücksichtsloser Aussprache drängendes Temperament, zumal gegenüber einer fremdländischen Umgebung, zügeln und einschränken und in allen Fällen persönlicher Rundgebungen die verfassungsmäßige Form sorgfältig wahren müssen, wenn nicht das deutsche Vaterland schweren, vielleicht gar nicht wieder gut zu machenden Schäden davontragen soll.

Die „Berliner Vorzeitung“ erinnert daran, daß seinerzeit offiziös erklärt wurde, daß der Kanzler in Rordern die Geschäfte ebenso präzise erledigen könne, wie in Berlin. Wie wenig zutreffend dieser Einwand war, erwies sich jetzt zur Evidenz. Beim Frühstück oder während einer gemüthlichen Strandpromenade lassen sich eben nicht verantwortliche Entscheidungen treffen. Sie werden kurzerhand abgemacht oder anderen zugehoben, und das traurige Resultat einer solchen Geschäftsführung liegt jetzt vor uns. Grobe Fahrlässigkeit auf der einen, ein fast ungläublicher Mangel an Verständnis auf der andern Seite. Eine so lage Amtsführung kann keine Erfolge bringen.

Die Mailänder „Verso“ sagt zu den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph“: Wer ohne Vorurteil und Leidenschaft die von dem Londoner Blatt gemachte Unterhaltung liest, wird nichts finden, was den großen Lärm oder die feindselige Kritik rechtfertigen, die sich darum erhoben haben. Er findet dagegen den Beweis von einer Rechtfertigung der Empfindungen, die das Urteil bestätigen, daß sich das unparteiische Publikum über den Kaiser gemacht hat, und das die Geschichte, die höchste Richter über Menschen und Dinge, bestätigen wird.

Die „Daily News“ sagt, die Sache überbiete beinahe noch den Streich des Hauptmanns von Stenied.

Die „Times“ sagt: Daß Bülow die Verantwortung für die Aeußerungen des Kaisers übernahm, die zu lesen er nicht der Mühe wert hielt, stempelte die kaiserlichen Erklärungen zu einem Staatsakt, der mit dem sofortigen Bau neuer Schlachtschiffe beantwortet werden mußte.

„Daily Graphic“ hält eine gründliche Umgestaltung des kaiserlichen Kabinetts und der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes für unerlässlich.

Die „Morning Post“ fragt: wie könne der Deutsche Kaiser erwarten, daß England das deutsche Auswärtige Amt mit Achtung und Respekt betrachte, wenn dessen Geschäfte in dieser Weise erledigt werden?

Der „Daily Chronicle“ meint, die ganze Welt betrachte den Gang dieses neuesten deutschen Standals mit Staunen. Andere Länder sind sehr beunruhigt darüber, daß die Geschäfte des Deutschen Reiches in einer Weise erledigt werden, daß andere Regierungen niemals wissen können, ob ihre Mitteilungen und

Noten mit dem notwendigen Ernst und mit der erforderlichen Aufmerksamkeit in der Wilhelmstraße geprüft werden.

Harold Spencer, der Lloyd George bei seinem jüngsten Besuch begleitete, schreibt in einem Briefe an die „Times“, es sei eine überraschende und außerordentliche Tatsache, wie England die deutsche Erregung über die Kaiserworte mit Verdringung betrachte und die Angriffe auf den Kaiser, der es gewagt, sich vor der Welt zum Freunde Englands zu betennen, mit Weisheit aufnehme. Er frage daher, ob es seinen führenden Engländer gebe, dessen Gehirn und Herz groß genug seien, um das Entgegenkommen des Kaisers zu erwidern, oder ob die Engländer beabsichtigten, dem Kaiser zu beweisen, daß sie wirklich verrückt wären.

Der „New-York Herald“ meldet vom Sonntag aus Tokio: Die Aeußerungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr haben in den hiesigen deutschen Geschäftskreisen und auch in der offiziellen deutschen Welt großes Unbehagen hervorgerufen. Man hat die Empfindung, daß die eifrigen Bemühungen, welche seit zehn Jahren geführt wurden, um die deutschen Interessen in Japan zu fördern, durch die Aeußerungen Kaiser Wilhelms vereitelt worden sind. Die japanische Presse kritisiert in sehr heftigen Angriffen die Auslassungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr und betrifft eines eventuellen Konflikts im Stillen Japan. Die halboffizielle „Japan Times“ schreibt: „Die Erklärung des Kaisers von der Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte in Erwartung ihrer einstigen Verwertung in den Gewässern des Stillen Ozeans ist eine Warnung, welche Japan sich zu Herzen nehmen sollte.“

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die plötzliche Kanzlerkrise beschäftigt die politischen Kreise Deutschlands aufs lebhafteste, wie unmittelbar vorher die Veröffentlichung des „Kaiser-Interviews“ im Londoner „Daily Telegraph“, mit welcher ja auch das vom Fürsten Bülow eingeleitete Entlassungsgesuch direkt zusammenhängt. Zwar hat der Kaiser das Entlassungsgesuch Bülow's, wie bekannt, abgelehnt, trotzdem gilt es allgemein als feststehend, daß die Lage des Fürsten Bülow als deutscher Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident gezählt sind. Daß er es in seiner Norddeutsche Ferienzeit für überflüssig hielt, das ihm namens des Kaisers vom Grafen von Zentz zugeschickte wichtige Manuskript, welches die dann im „Daily Telegraph“ erschienenen Auszüge aus Gesprächen mit dem Kaiser enthielt, vor seiner Veröffentlichung einer selbst auch nur flüchtigen Durchsicht zu unterziehen, dies stellt einen unvermeidlichen Fehler dar, welcher die vielgeprobene diplomatische Geschicklichkeit und staatsmännliche Einsicht des vleren Kanzlers in einem seltsamen Lichte erscheinen läßt. Wenn er jetzt erklärt, er würde von der Veröffentlichung entschieden abgeraten haben, falls er vom Inhalt des Manuskriptes eher Kenntnis erhalten hätte, so verbessert er mit dieser nachträglichen Entschuldigung seine Situation weiter nicht. Bereits werden verschiedene Persönlichkeiten als angeblich in Aussicht genommene